

Vorwort

Die Auseinandersetzung mit großen Infrastrukturprojekten fordert die Gesellschaft in besonderem Maße. Nutzen und Lasten von Großprojekten sind oft nicht gleich verteilt. Während manche sich von dem Projekt Vorteile versprechen, sehen andere Einschränkungen auf sich zukommen. Daraus resultieren intensiv geführte Auseinandersetzungen, die oft auf dem Gerichtswege ausgetragen werden.

Die Parteien sind meist ungleich organisiert. Sie haben ungleiches Ausgangswissen und können unterschiedlich viele Ressourcen an Zeit und Geld in die Auseinandersetzungen investieren. Dies stellt besondere Anforderungen an die gesellschaftlichen Verfahren, mit denen zwischen den Interessen abgewogen wird. Für die Gesellschaft als Ganzes ist es wichtig, über Verfahren zu verfügen, welche die Partikularinteressen in Grenzen halten. Die Verfahren müssen bei unterschiedlichen Organisationsgraden der Beteiligten, bei unterschiedlichem Einsatz an Zeit und Geld und bei unterschiedlicher Artikulationsfähigkeit und Kompetenz der Betroffenen in der Lage sein, die gemeinwohlmaximierende Lösung zu finden.

Die offiziellen Entscheidungsverfahren sind nicht immer in der Lage, dies zu erreichen. So treten vermehrt informelle Verfahren – etwa in Gestalt sogenannter "Mediationen" oder Abstimmungen an „runden Tischen“ hinzu. Die Erfahrungen zeigen, dass aber auch diese Verfahren nicht in der Lage sind, Ergebnisse zu produzieren, die von allen Beteiligten mitgetragen werden. Sie werden missbraucht und verlieren an Akzeptanz. Deshalb sind Gerichte diejenigen Institutionen, die letztlich über Großprojekte entscheiden. Sie müssen umfangreiches Abwägungsmaterial zur Kenntnis zu nehmen und Funktionen erfüllen, die nach der Gewaltenteilung eigentlich vom Gesetzgeber und der Exekutive wahrzunehmen sind. Werden sie dieser Aufgabe gerecht?

Wie also steht es in Deutschland mit der Qualität und Objektivität der Verfahren, mit denen über große Infrastrukturprojekte entschieden wird? Welche Defizite es in dieser Hinsicht noch gibt, soll in dem vorliegenden Band behandelt werden. 23 Autoren, allesamt langjährige Begleiter großer Infrastrukturvorhaben geben einen Einblick in die Abläufe bei solchen Projekten. Verhaltensweisen der verschiedenen Gruppen von Beteiligten an Großprojekten werden ausführlich geschildert. Das Buch will Fakten aufzeigen, die der weiteren Forschung als Grundlage dienen können und aus denen vielleicht Gesetzmäßigkeiten erkennbar werden.

Der Herausgeber bedankt sich bei einer Vielzahl von Personen, die zum Gelingen des Werkes beigetragen haben. Dazu gehört zuerst das Rhein-Main-Institut mit seinen Vorstandsmitgliedern Martin Führ und Martin Kaltenbach für die Förderung dieses Buches. Dann ist den Autoren sowie vielen weiteren Mitarbeitern aus deren Kanzleien, Unternehmen, Bürgerinitiativen und Parteien zu danken. Ganz besonderer Dank gehört Frank Schindler vom VS-Verlag für seine Hilfe. Und ohne die koordinierende Tätigkeit von Frau Uta Martin hätte das Buch nie erscheinen können.

Frankfurt, im Januar 2012

Friedrich Thießen

Grenzen der Demokratie

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung bei
Großprojekten

Thießen, F. (Hrsg.)

2013, VII, 265 S. 4 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-531-19681-7